

**Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Vereinfachung des Systems der lokalen
Beschäftigungsagenturen**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Artikel 8 §2 Absatz 4, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 §2 Absatz 5, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Januar 2017, Artikel 8 §3 Absatz 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Januar 2017, Artikel 8 §3 Absatz 3, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 §4 Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 22. Dezember 2008 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 §4 Absatz 3, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 23. Januar 2017, Artikel 8 §5, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 §8, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 5. März 2002 und das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. Juni 1994 zur Ausführung von Artikel 8 §1 und §6 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom ...;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom ...;

Aufgrund des Gutachtens [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom...;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:



KAPITEL 1 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. NOVEMBER 1991 ZUR REGELUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Artikel 1 – Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 30. April 1999, wird um folgende Nummern 7 und 8 ergänzt:

- „7. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- 8. der Gemeinschaftsminister: der für Beschäftigung zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“

Art. 2 – Artikel 79 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 23. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

- 1. §1 wird aufgehoben;
- 2. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Der Entleiher-Kandidat beschreibt die durch den LBA-Arbeitnehmer vorzunehmende Tätigkeit, die in den regulären Arbeitskreisläufen nicht vorzufinden ist, auf einem Nutzerformular, das die in Artikel 8 §1 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer erwähnte lokale Beschäftigungsagentur zur Verfügung stellt.

Der Entleiher-Kandidat lässt das ausgefüllte Nutzerformular durch die in Absatz 1 erwähnte lokale Beschäftigungsagentur für gültig erklären und zahlt die in Artikel 79bis §1 erwähnte Eintragungsgebühr.

Die lokale Beschäftigungsagentur erklärt das Nutzerformular für die Dauer von höchstens einem Jahr für gültig, wenn die angegebene Tätigkeit gemäß Artikel 79bis §3 ausgeführt werden kann und übergibt dem Entleiher ein Exemplar. Die lokale Beschäftigungsagentur bewahrt ein zweites Exemplar auf. Sie übermittelt die Angaben des Formulars der ausgebenden Gesellschaft der LBA-Schecks.

Der Entleiher-Kandidat kann die Tätigkeit erst dann verrichten lassen, wenn er im Besitz eines für gültig erklärten Nutzerformulars ist.

Das Arbeitsamt bestimmt den Inhalt und das Modell des Nutzerformulars.“

- 3. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 – Am Ende jeder Tätigkeit und spätestens am Monatsende überreicht der Entleiher dem LBA-Arbeitnehmer einen LBA-Scheck für jede angefangene Arbeitsstunde.

Der Entleiher-Kandidat, der im Besitz eines für gültig erklärten Nutzerformulars ist, kann die LBA-Schecks zum in Artikel 79bis §2 erwähnten Erwerbspreis ankaufen:

- 1. bei der ausgebenden Gesellschaft der LBA-Schecks, wobei die Bestellung mindestens zehn LBA-Schecks umfasst und diese vorab bezahlt werden. Die LBA-Schecks werden auf den Namen des Entleihers ausgegeben;
- 2. bei der lokalen Beschäftigungsagentur. Diese Schecks sind namenlos. Wenn es sich beim Entleiher um eine juristische Person handelt, können die namenlosen LBA-Schecks nur für gelegentliche Tätigkeiten verwendet werden.

Der Entleiher kann einen LBA-Scheck bis spätestens zum letzten Tag des elften Monats, der dem Monat folgt, in dem der LBA-Scheck ausgegeben wurde, verwenden. Der Entleiher kann sich bei der ausgebenden Gesellschaft der LBA-Schecks die nicht verwendeten, auf seinen Namen ausgestellten LBA-Schecks erstatten lassen, wenn deren Gültigkeitsdauer noch nicht abgelaufen ist.

Für die LBA-Schecks, die Anlass zu einer Steuerbescheinigung geben und für die die Erstattung nach dem Kalenderjahr des Ankaufs beantragt wird, ergibt sich der Betrag, der dem Entleiher durch die ausgebende Gesellschaft zurückerstattet wird, aus der Multiplikation zwischen dem Erwerbspreis und der Differenz zwischen 100 % und dem Prozentsatz, der in Artikel 145/21 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 festgelegt ist. Die Differenz zwischen dem Erwerbspreis und dem Betrag, der dem Entleiher durch die ausgebende Gesellschaft zurückerstattet wird, wird in diesem Fall der Wallonischen Region ausgezahlt. Die Verwaltungskosten der ausgebenden Gesellschaft werden vom Betrag, der dem Entleiher erstattet wird, einbehalten.

Die Erstattung von LBA-Schecks kann ausschließlich bei der ausgebenden Gesellschaft angefragt werden, die die betroffenen Schecks ausgegeben hat.

Der Gemeinschaftsminister bestimmt:

1. den Zeitraum, während dem der Entleiher die Beweisdokumente aufbewahrt;
2. die Modalitäten, nach denen die ausgebende Gesellschaft der LBA-Schecks dem Entleiher alle nützlichen Informationen zum Erhalt von Steuervorteilen übermittelt.

4. §4 Absätze 1 bis 5 werden wie folgt ersetzt:

„§4 – Folgende Personen gelten als Langzeitarbeitslose, die Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichten können:

1. der entschädigte Vollarbeitslose, der seit mindestens 2 Jahren Arbeitslosengeld oder die Eingliederungszulage erhält;
2. der entschädigte Vollarbeitslose, der seit mindestens 6 Monaten Arbeitslosengeld erhält und das Alter von 45 Jahren erreicht hat.

Wenn sich der Hauptwohnsitz des in Absatz 1 erwähnten Langzeitarbeitslosen im deutschen Sprachgebiet befindet, wird er bei der lokalen Beschäftigungsagentur von Amts wegen als Kandidat eingetragen.

Die in Absatz 2 erwähnte Eintragung von Amts wegen ist während der Dauer der Freistellung jedoch nicht anwendbar auf:

1. Arbeitslose, die in den Genuss der in Artikel 89 erwähnten Freistellung kommen;
2. Arbeitslose, die freigestellt sind von der Verpflichtung, für den Arbeitsmarkt verfügbar zu sein, mit Ausnahme der Arbeitslosen, die in den Genuss der in Artikel 152sexies §3 erwähnten Freistellung kommen.

Das Arbeitsamt informiert den Arbeitslosen über die in Absatz 2 erwähnte Eintragung von Amts wegen und fordert ihn auf, bei der lokalen Beschäftigungsagentur vorstellig zu werden. Die Eintragung von Amts wegen endet, wenn die Auszahlung der Sozialzulagen während sechs aufeinanderfolgenden, vollständigen Kalendermonaten unterbrochen wird.

Der entschädigte Vollarbeitslose, der innerhalb eines Zeitraums von 36 Monaten vor seiner Eintragungsanfrage bei der lokalen Beschäftigungsagentur während mindestens 24 Monaten entschädigter Vollarbeitsloser war, gilt ebenfalls als Langzeitarbeitsloser, der Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichten kann und der sich freiwillig bei ihr als Kandidat eintragen lassen kann.

Der Gemeinschaftsminister kann nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes den in den Absätzen 1 bis 5 erwähnten Berechnungsmodus der Dauer der Arbeitslosigkeit näher präzisieren.“

5. §4 neue Absätze 9 und 10 werden wie folgt ersetzt:

„Die lokale Beschäftigungsagentur überreicht dem Arbeitslosen, der Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichtet, den im Gesetz vom 7. April 1999

über den LBA-Arbeitsvertrag erwähnten LBA-Arbeitsvertrag vor Beginn seiner Tätigkeiten.

Die lokale Beschäftigungsagentur übergibt dem Arbeitslosen monatlich ein Leistungsformular, aus dem hervorgeht, dass der Arbeitslose die zur Ausübung von Tätigkeiten gemäß dem vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen erfüllt. Diese Tätigkeiten dürfen nur von Arbeitslosen ausgeführt werden, die im Besitz eines gültigen Leistungsformulars sind.

Nach Beendigung der Tätigkeit und spätestens vor Monatsende trägt der LBA-Arbeitnehmer für jede angefangene Tätigkeitsstunde das Datum, die Uhrzeit und den Namen oder die Bezeichnung des Entleiher auf seinem Leistungsformular ein."

6. §4bis wird aufgehoben;

7. §6 wird wie folgt ersetzt:

„§6 – Der Gemeinschaftsminister kann in dringenden Fällen und wenn es das Allgemeinwohl erfordert, Abweichungen zu den Bedingungen der in §4 festgelegten Dauer der Arbeitslosigkeit vorsehen.“

8. §7 wird wie folgt ersetzt:

„§7 – Das Arbeitsamt erklärt das Nutzerformular des Entleiher für ungültig, wenn der Entleiher:

1. eine Tätigkeit ausführen lässt, die nicht der Tätigkeit entspricht, die auf seinem gemäß §2 für gültig erklärten Nutzerformular angegeben ist;

2. seinen im Gesetz vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag festgelegten Verpflichtungen nicht nachkommt;

3. die in §3 Absatz 1 erwähnten LBA-Schecks nicht fristgerecht entrichtet;

4. die in §9 Absatz 2 erwähnte Beteiligung an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers nicht fristgerecht entrichtet;

5. die in Artikel 5 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, erwähnte Beteiligung an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers nicht fristgerecht entrichtet.

In den in Absatz 1 erwähnten Fällen kann der Entleiher während einer Periode von zwölf Monaten keine Tätigkeiten in Anwendung des vorliegenden Artikels ausführen lassen. Während dieser Periode kann der Entleiher keine LBA-Schecks ankaufen und die lokale Beschäftigungsagentur kann kein Nutzerformular für gültig erklären, das durch diesen Entleiher eingereicht wird.

Das Arbeitsamt übermittelt den betroffenen Entleihern diesen Beschluss binnen einer Frist von dreißig Kalendertagen.

Der betroffene Entleiher kann gegen den Beschluss des Arbeitsamtes binnen einer Frist von dreißig Kalendertagen ab Kenntnisnahme des Beschlusses beim Gemeinschaftsminister eine Beschwerde einreichen.

Der Gemeinschaftsminister fasst seinen Beschluss und übermittelt ihn dem Antragsteller und dem Arbeitsamt binnen zwei Monaten ab Erhalt der Beschwerde.

In Ermangelung einer Beschlussfassung des Gemeinschaftsministers innerhalb der in Absatz 5 erwähnten Frist werden die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Sanktionen angewendet.

Die Tätigkeiten werden, was den Arbeitslosen betrifft, nicht als im Rahmen der lokalen

Beschäftigungsagentur betrachtet, wenn der Arbeitslose in Bösgläubigkeit gehandelt hat und insbesondere, wenn er nicht zugelassene Tätigkeiten verrichtet.“

9. §8 wird wie folgt ersetzt:

„§8 – Der LBA-Arbeitnehmer reicht die LBA-Schecks zusammen mit seinem Leistungsformular spätestens am letzten Werktag des zweiten Monats, der dem Monat folgt, in dem gemäß §3 Absatz 3 die Gültigkeitsdauer für den Entleiher endet, beim Arbeitsamt ein. Werktage sind alle Tage, mit Ausnahme der Samstage, der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage. Das Arbeitsamt annulliert die durch den LBA-Arbeitnehmer eingereichten LBA-Schecks, wenn er die in §4 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt oder sich die LBA-Schecks auf Tätigkeitsstunden beziehen, die die in §6 erwähnten Grenzen überschreiten, und händigt ihm die annullierten Schecks wieder aus.

Das Arbeitsamt zahlt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich für jeden durch ihn eingereichten, nicht annullierten LBA-Scheck einen Betrag von 4,10 Euro aus. Das Arbeitsamt fordert pro LBA-Scheck, der an den LBA-Arbeitnehmer ausgezahlt wurde, einen Betrag von 4,10 Euro von der ausgebenden Gesellschaft zurück. Das Arbeitsamt übermittelt der ausgebenden Gesellschaft zu diesem Zweck monatlich eine Erstattungsanfrage, der es die bei ihm eingereichten LBA-Schecks beifügt.“

10. §9 wird wie folgt ersetzt:

„§9 – Die ausgebende Gesellschaft der LBA-Schecks zahlt dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft pro LBA-Scheck, der gemäß §8 Absatz 2 vom Arbeitsamt bei ihr eingereicht wurde, den Betrag zurück, der dem Erwerbspreis des LBA-Schecks abzüglich 4,10 Euro und abzüglich der durch sie ausgelegten Versand- und Verwaltungskosten entspricht. Diese Rückzahlung erfolgt monatlich für die LBA-Schecks, die im Vormonat vom Arbeitsamt bei ihr eingereicht wurden.

Der Entleiher beteiligt sich an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers. Der Entleiher entrichtet diese Beteiligung nach Beendigung der Tätigkeit und spätestens vor Monatsende.

Der Gemeinschaftsminister bestimmt die in Absatz 2 erwähnte Beteiligung des Entleihers.“

11. §10 Absätze 2 bis 4 werden wie folgt ersetzt:

„Das Arbeitsamt schließt mit einer zugelassenen Versicherungsgesellschaft zu festen Prämien oder mit einer zugelassenen gemeinsamen Versicherungskasse eine Versicherungspolice ab, die dem LBA-Arbeitnehmer dieselben Vorteile einräumt wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle einräumen muss.

Im Falle einer zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit, die auf einen Unfall im Rahmen einer Tätigkeit gemäß dem vorliegenden Artikel zurückzuführen ist, zahlt die Versicherungsgesellschaft, in Abweichung der Artikel 22 bis 23bis und 34 bis 39 des vorerwähnten Gesetzes über die Arbeitsunfälle, dem Arbeitslosen einen LBA-Lohn in Höhe von 4,10 Euro pro Unfähigkeitstag, mit Ausnahme des Sonntags, aus.“

12. §11 wird aufgehoben;

13. §12 wird aufgehoben;

14. §13 wird wie folgt ersetzt:

„§13 – Der Gemeinschaftsminister kann nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamts die in §8 Absatz 2, §9 Absatz 1 und §10 Absatz 3 erwähnten Beträge anpassen.

Der LBA-Arbeitnehmer hat Anrecht auf den Betrag, der in Anwendung von Absatz 1 zum Zeitpunkt der Auszahlung des LBA-Schecks durch das Arbeitsamt anwendbar ist oder

der im Monat der Auszahlung des in §10 Absatz 3 erwähnten LBA-Lohns durch die Versicherungsgesellschaft anwendbar ist.“

Art. 3 – Artikel 79bis desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Die jährlich durch den Entleiher-Kandidaten für die in Artikel 79 erwähnten Tätigkeiten zu entrichtende Eintragungsgebühr beträgt 0 Euro.

Der Gemeinschaftsminister kann diesen Betrag nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamts anpassen.“

2. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Der Erwerbspreis des LBA-Schecks beträgt 5,95 Euro.

Der Gemeinschaftsminister kann diesen Betrag nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamts anpassen.“

3. in §3 Absatz 1 Nummer 1 werden folgende Buchstaben e) und f) eingefügt:

„e) kleine Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten am Wohnsitz des Entleihers, die aufgrund ihres geringen Umfangs nicht durch Fachleute ausgeführt werden;

f) die Aufsicht über und die Pflege von Haustieren in Abwesenheit ihres Eigentümers, wenn es in der näheren Umgebung keine Tierpension gibt;“

4. §3 Absatz 1 Nummer 2 wird aufgehoben;

5. in §3 Absatz 1 Nummer 5 werden die Wortfolgen „les Ministres de l'Emploi et du Travail et de l'Agriculture“ und „de Ministers van Tewerkstelling en Arbeid en van Landbouw“ durch die Wortfolge „den Gemeinschaftsminister“ ersetzt;

6. §3 Absatz 2 wird aufgehoben;

7. §4 Absatz 4 wird wie folgt ersetzt:

„Der Gemeinschaftsminister kann in dringenden Fällen und wenn es das Allgemeinwohl erfordert, Abweichungen zu den in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehenen Grenzen vorsehen.“

Art. 4 – Artikel 79ter desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Februar 2010, wird aufgehoben.

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 17. DEZEMBER 1999 IN BEZUG AUF DIE LBA-ARBEITNEHMER, DEREN LOHN VON DEN ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTREN GEZAHLT WIRD

Art. 5 – Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 1 – Folgende als Arbeitssuchende beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hiernach „Arbeitsamt“ genannt, eingetragene Vollarbeitslose können sich freiwillig bei der lokalen Beschäftigungsagentur eintragen:

1. Personen, die Anrecht auf ein Eingliederungseinkommen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung haben;

2. Personen, die im Fremdenregister mit einer Aufenthaltserlaubnis für unbegrenzte Dauer eingetragen sind und Anrecht auf eine finanzielle Sozialhilfe gemäß den Bestimmungen des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren haben.“

Art. 6 – Artikel 2 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. März 2003, wird aufgehoben.

Art. 7 – Artikel 3 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 3 – Der LBA-Arbeitnehmer reicht die LBA-Schecks zusammen mit seinem Leistungsformular spätestens am letzten Werktag des zweiten Monats, der dem Monat folgt, in dem gemäß Artikel 79 §3 Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit die Gültigkeitsdauer für den Entleiher endet, beim Arbeitsamt ein. Werktage sind alle Tage, mit Ausnahme der Samstage, der Sonntage und der gesetzlichen Feiertage. Das Arbeitsamt annulliert die durch den LBA-Arbeitnehmer eingereichten LBA-Schecks, wenn er die in Artikel 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt oder sich die LBA-Schecks auf Tätigkeitsstunden beziehen, die die in Artikel 79 §6 desselben Königlichen Erlasses erwähnten Grenzen überschreiten, und händigt ihm die annullierten Schecks wieder aus.

Das Arbeitsamt zahlt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich für jeden durch ihn eingereichten, nicht annullierten LBA-Scheck einen Betrag von 4,10 Euro aus.“

Art. 8 – Artikel 4 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4 – Das Arbeitsamt fordert pro LBA-Scheck, der an den LBA-Arbeitnehmer ausgezahlt wurde, einen Betrag von 4,10 Euro von der ausgebenden Gesellschaft zurück. Das Arbeitsamt übermittelt der ausgebenden Gesellschaft zu diesem Zweck monatlich eine Erstattungsanfrage, der es die bei ihm eingereichten LBA-Schecks beifügt.

Art. 9 – Artikel 5 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 5 – Die ausgebende Gesellschaft der LBA-Schecks zahlt dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft pro LBA-Scheck, der gemäß Artikel 4 vom Arbeitsamt bei ihr eingereicht wurde, den Betrag zurück, der dem Erwerbspreis des LBA-Schecks abzüglich 4,10 Euro und abzüglich der durch sie ausgelegten Versand- und Verwaltungskosten entspricht. Diese Rückzahlung erfolgt monatlich für die LBA-Schecks, die im Vormonat vom Arbeitsamt bei ihr eingereicht wurden.

Der Entleiher beteiligt sich an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers. Der Entleiher entrichtet diese Beteiligung nach Beendigung der Tätigkeit und spätestens vor Monatsende.

Der für Beschäftigung zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt die in Absatz 2 erwähnte Beteiligung des Entleihers.“

Art. 10 – Artikel 6 Absatz 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Das Arbeitsamt schließt mit einer zugelassenen Versicherungsgesellschaft zu festen Prämien oder mit einer zugelassenen gemeinsamen Versicherungskasse eine Versicherungspolice ab, die dem LBA-Arbeitnehmer dieselben Vorteile einräumt wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle einräumen muss.“

Art. 11 – Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass vom 14. März 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Der für Beschäftigung zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamts die in Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4, Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 6 Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Beträge an-

passen.

Der LBA-Arbeitnehmer hat Anrecht auf den Betrag, der in Anwendung von Absatz 1 zum Zeitpunkt der Auszahlung des LBA-Schecks durch das Arbeitsamt anwendbar ist oder der im Monat der Auszahlung der in Artikel 6 Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Unterstützung durch die Versicherungsgesellschaft anwendbar ist.“

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNGEN DES MINISTERIELLEN ERLASSES VOM 26. NOVEMBER 1991 ZUR FESTLEGUNG DER ANWENDUNGSMODALITÄTEN DER REGELUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Art. 12 – Artikel 54 §4 des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit, zuletzt abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 23. Juli 2012, wird aufgehoben.

Art. 13 – Artikel 55 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 30. November 2001, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird aufgehoben;
2. §2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Für die saisonbedingten und gelegentlichen Tätigkeiten im Sektor der Landwirtschaft und des Gartenbaus trägt der Begünstigte den Arbeitslosen in das Anwesenheitsregister gemäß dem Königlichen Erlass vom 17. Juni 1994 über die Führung eines Anwesenheitsregisters ein.“

KAPITEL 4 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 14 – Der Königliche Erlass vom 10. Juni 1994 zur Ausführung von Artikel 8 §1 und §6 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 15 – §1 - Artikel 2 Nummern 9 und 10 sowie die Artikel 6, 7, 8 und 9 und Artikel 12 sind ausschließlich anwendbar auf LBA-Schecks, die ab dem 1. Januar 2018 durch die ausgebende Gesellschaft ausgegeben werden.

§2 – Die vor dem 1. Januar 2018 ausgegebenen LBA-Schecks unterliegen in Bezug auf ihre Einreichungs- und Auszahlungsmodalitäten weiterhin den Bestimmungen des Artikels 79 §§8-9 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, den Bestimmungen der Artikel 2 bis 5 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, sowie den Bestimmungen des Artikels 54 §4 des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2017.

In Abweichung von Absatz 1 überweist die ausgebende Gesellschaft ab dem 1. Januar 2018 für die vor dem 1. Januar 2018 ausgegebenen LBA-Schecks den Betrag, der gemäß Artikel 79 §9 Absatz 1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit festgelegt wird, sowie den Betrag, der gemäß Artikel 5 Absatz 1 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird festgelegt wird, dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 16 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

B

Art. 17 – Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

A handwritten signature in black ink, located in the bottom right corner of the page. It appears to be a stylized, cursive signature.

Gouvernement de la Communauté germanophone

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement visant à simplifier le système des agences locales pour l'emploi

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, l'article 8, § 2, alinéa 4, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 2, alinéa 5, modifié en dernier lieu par le décret du 23 janvier 2017, l'article 8, § 3, alinéa 2, modifié en dernier lieu par le décret du 23 janvier 2017, l'article 8, § 3, alinéa 3, modifié par les lois des 30 mars 1994, 7 avril 1999 et le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 4, alinéa 1^{er}, modifié par les lois des 30 mars 1994, 22 décembre 2008 et le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 4, alinéa 3, modifié par les lois des 30 mars 1994, 7 avril 1999 et le décret du 23 janvier 2017, l'article 8, § 5, modifié par les lois des 30 mars 1994, 7 avril 1999 et le décret du 25 avril 2016, ainsi que l'article 8, § 8, modifié par les lois des 30 mars 1994, 5 mars 2002 et le décret du 25 avril 2016;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté royal du 10 juin 1994 portant exécution de l'article 8, § 1^{er} et § 6, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs;

Vu l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale;

Vu l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ;

Vu l'avis du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis du Conseil économique et social, donné le;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} - Modification de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage

Article 1^{er} – L'article 1^{er} de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation

du chômage, modifié par l'arrêté royal du 30 avril 1999, est complété par les 7° et 8° rédigés comme suit :

- « 7° l'Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;
- 8° le ministre communautaire : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent pour l'Emploi. »

Art. 2 - À l'article 79 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 23 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est abrogé;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le candidat-utilisateur décrit l'activité non rencontrée par les circuits de travail réguliers et à effectuer par le travailleur ALE sur un formulaire d'utilisateur que l'agence locale pour l'emploi visée à l'article 8, § 1^{er}, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs met à disposition.

Le candidat-utilisateur fait valider le formulaire complété par l'agence mentionnée à l'alinéa 1^{er} et s'acquitte du droit d'inscription mentionné à l'article 79bis, § 1^{er}.

L'agence locale pour l'emploi valide le formulaire d'utilisateur pour une durée d'un an maximum si l'activité déclarée peut être effectuée conformément à l'article 79bis, § 3, et remet un exemplaire à l'utilisateur. L'agence locale pour l'emploi conserve un deuxième exemplaire. Elle transmet les données du formulaire à l'éditeur des chèques ALE.

Le candidat-utilisateur ne peut laisser effectuer l'activité que s'il est en possession d'un formulaire d'utilisateur validé.

L'Office de l'emploi détermine le contenu et le modèle du formulaire d'utilisateur. »;

3° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - À la fin de chaque activité et au plus tard à la fin du mois, l'utilisateur remet au travailleur ALE un chèque ALE pour chaque heure de travail entamée.

Le candidat-utilisateur qui est en possession d'un formulaire d'utilisateur validé peut acheter des chèques ALE au prix d'acquisition mentionné à l'article 79bis, § 2 :

1° auprès de l'éditeur des chèques ALE; la commande est d'un minimum de dix chèques et le paiement s'effectue préalablement. Les chèques sont édités au nom de l'utilisateur;

2° auprès de l'agence locale pour l'emploi. Ces chèques sont non nominatifs. Si l'utilisateur est une personne morale, ces chèques ne peuvent être utilisés que pour des activités occasionnelles.

L'utilisateur peut utiliser un chèque ALE au plus tard le dernier jour du onzième mois qui suit celui où le chèque a été édité. L'utilisateur peut obtenir, auprès de l'éditeur des chèques ALE, le remboursement de ceux non utilisés, édités à son nom et dont la durée de validité n'est pas encore expirée.

Pour les chèques ALE qui donnent lieu à une attestation fiscale et dont le remboursement a été demandé après l'année civile de l'achat, le montant dudit remboursement par l'éditeur à l'utilisateur est obtenu en multipliant le prix d'achat et la différence entre 100 % et le pourcentage déterminé à l'article 145/21, alinéa 2, du Code des impôts sur les revenus

1992. La différence entre le prix d'achat et le montant remboursé par l'éditeur à l'utilisateur est, dans ce cas, versée à la Région wallonne. Les frais administratifs de l'éditeur sont retenus sur le montant remboursé à l'utilisateur.

Le remboursement des chèques ALE peut uniquement être sollicité auprès de l'éditeur qui a émis les chèques concernés.

Le ministre communautaire détermine :

1° la période pendant laquelle l'utilisateur conserve les documents servant de preuve;
2° les modalités selon lesquelles l'éditeur des chèques ALE transmet à l'utilisateur toutes les informations utiles pour bénéficier d'avantages fiscaux. »;

4° dans le § 4, les alinéas 1^{er} à 5 sont remplacés par ce qui suit :

« § 4 - Sont considérées comme chômeurs de longue durée qui peuvent effectuer des activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi les personnes suivantes :

1° le chômeur complet indemnisé qui bénéficie des allocations de chômage ou des allocations d'insertion depuis au moins deux ans;

2° le chômeur complet indemnisé qui bénéficie depuis au moins six mois des allocations de chômage et qui a atteint l'âge de 45 ans.

Si la résidence principale du chômeur de longue durée mentionné à l'alinéa 1^{er} est située en région de langue allemande, ledit chômeur est inscrit d'office comme candidat auprès de l'agence locale pour l'emploi.

Toutefois, l'inscription d'office mentionnée à l'alinéa 2 ne s'applique pas pendant la durée de la dispense aux personnes suivantes :

1° les chômeurs qui bénéficient de la dispense mentionnée à l'article 89;

2° les chômeurs qui sont dispensés de l'obligation d'être disponibles pour le marché de l'emploi, à l'exception des chômeurs qui bénéficient de la dispense mentionnée à l'article 152sexies, § 3.

L'Office de l'emploi informe le chômeur de l'inscription d'office mentionnée à l'alinéa 2 et l'invite à se présenter auprès de l'agence locale pour l'emploi. L'inscription d'office prend fin si le paiement des allocations sociales est interrompu pendant six mois calendrier complets et consécutifs.

Est également considéré comme chômeur de longue durée qui peut effectuer des activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi et qui peut s'inscrire volontairement comme candidat auprès de ladite agence, le chômeur complet indemnisé qui, dans la période de 36 mois précédant sa demande d'inscription auprès de l'agence, a été chômeur complet indemnisé pendant 24 mois au moins.

Sur avis du conseil d'administration de l'Office de l'emploi, le ministre communautaire peut préciser le mode de calcul de la durée du chômage mentionnée aux alinéas 1^{er} à 5. »;

5° dans le § 4, les nouveaux alinéas 9 et 10 sont remplacés par ce qui suit :

« L'agence locale pour l'emploi remet au chômeur qui effectue des activités dans le cadre de ladite agence le contrat de travail ALE mentionné dans la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE, et ce, avant le début desdites activités.

L'agence locale pour l'emploi remet au chômeur, mensuellement, un formulaire de presta-

tions dont il ressort que ce chômeur remplit les conditions fixées pour exercer des activités conformément au présent article. Ces activités ne peuvent être menées que par des chômeurs en possession d'un formulaire de prestations valide.

À la fin de l'activité et au plus tard avant la fin du mois, le travailleur ALE inscrit sur son formulaire de prestations, pour chaque heure d'activité entamée, la date, l'heure et le nom ou la dénomination de l'utilisateur. »;

6° le § 4^{bis} est abrogé;

7° le § 6 est remplacé par ce qui suit :

« § 6 - Le ministre communautaire peut, en cas de situations urgentes et dans l'intérêt général, prévoir des dérogations aux conditions en matière de durée du chômage fixées au § 4. »;

8° le § 7 est remplacé par ce qui suit :

« § 7 - L'Office de l'emploi invalide le formulaire d'utilisateur lorsque l'utilisateur :

1° fait exercer une activité qui ne correspond pas à celle indiquée sur son formulaire d'utilisateur validé conformément au § 2;

2° ne remplit pas ses obligations telles que fixées dans la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE;

3° n'acquitte pas à temps les chèques ALE mentionnés au § 3, alinéa 1^{er};

4° n'acquitte pas à temps la participation aux frais de déplacement du travailleur ALE, telle que fixée au § 9, alinéa 2;

5° n'acquitte pas à temps la participation aux frais de déplacement du travailleur ALE, telle que fixée à l'article 5, alinéa 2, de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale.

Dans les cas mentionnés à l'alinéa 1^{er}, l'utilisateur ne peut, pendant une durée de douze mois, faire exécuter aucune activité en application du présent article. Pendant cette période, l'utilisateur ne peut acheter aucun chèque ALE et l'agence locale pour l'emploi ne peut valider aucun formulaire d'utilisateur introduit par cet utilisateur.

L'Office de l'emploi transmet cette décision aux utilisateurs concernés dans un délai de trente jours calendrier.

L'utilisateur concerné peut introduire, auprès du ministre communautaire, un recours contre la décision de l'Office de l'emploi dans les trente jours calendrier suivant celui où il en a pris connaissance.

Le ministre communautaire prend sa décision et la transmet au demandeur et à l'Office de l'emploi dans les deux mois suivant la réception du recours.

À défaut de décision prise par le ministre communautaire dans le délai mentionné à l'alinéa 5, les sanctions prévues aux alinéas 1^{er} et 2 sont appliquées.

En ce qui concerne le chômeur, les activités ne sont pas considérées comme menées dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi lorsqu'il a agi de mauvaise foi et notamment lorsqu'il accomplit des activités non autorisées. »;

9° le § 8 est remplacé par ce qui suit :

« § 8 - Au plus tard le dernier jour ouvrable du deuxième mois qui suit celui où, conformément au § 3, alinéa 3, expire la durée de validité pour l'utilisateur, le travailleur ALE introduit les chèques ALE auprès de l'Office de l'emploi accompagnés de son formulaire de prestations. Les jours ouvrables sont tous les jours à l'exception des samedis, dimanches et jours fériés légaux. L'Office de l'emploi invalide les chèques ALE introduits par le travailleur ALE lorsque celui-ci ne remplit pas les conditions mentionnées au § 4 ou que les chèques ALE se rapportent à des heures d'activité qui dépassent les limites mentionnées au § 6; il lui remet les chèques invalidés.

Pour tout chèque ALE non invalidé introduit par le travailleur ALE, l'Office de l'emploi lui liquide mensuellement un montant de 4,10 euros. Par chèque ALE payé au travailleur ALE, l'Office de l'emploi réclame à l'éditeur un montant de 4,10 euros. À cette fin, l'Office de l'emploi transmet mensuellement à l'éditeur une demande en remboursement à laquelle il joint les chèques ALE qui lui ont été remis. »;

10° le § 9 est remplacé par ce qui suit :

« § 9 - Par chèque ALE qu'il a reçu de l'Office de l'emploi conformément au § 8, alinéa 2, l'éditeur des chèques ALE rembourse au Ministère de la Communauté germanophone un montant correspondant au prix d'acquisition du chèque, déduction faite de 4,10 euros et des frais d'envoi et administratifs qu'il a engagés. Ce remboursement s'opère mensuellement pour les chèques ALE qui ont été introduits le mois précédent par l'Office de l'emploi auprès de l'éditeur.

L'utilisateur participe aux frais de déplacement du travailleur ALE. L'utilisateur acquitte cette participation à la fin de l'activité et au plus tard avant la fin du mois.

Le ministre communautaire détermine la participation de l'utilisateur mentionnée à l'alinéa 2. »;

11° dans le § 10, les alinéas 2 à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« L'Office de l'emploi conclut, avec une société d'assurances à primes fixes agréée ou avec une caisse commune d'assurances agréée, une police qui garantit au travailleur ALE les mêmes avantages que ceux qui sont mis à charge d'un assureur en vertu de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail.

En cas d'incapacité temporaire de travail résultant d'un accident survenu dans le cadre d'une activité menée conformément au présent article, la société d'assurances paye au chômeur, par dérogation aux articles 22 à 23bis et 34 à 39 de la loi précitée sur les accidents du travail, un salaire ALE d'un montant de 4,10 euros par jour d'incapacité, dimanche exclu. »;

12° le § 11 est abrogé;

13° le § 12 est abrogé;

14° le § 13 est remplacé par ce qui suit :

« § 13 - Le ministre communautaire peut, sur avis émis par le conseil d'administration de l'Office de l'emploi, adapter les montants mentionnés au § 8, alinéa 2, § 9, alinéa 1^{er}, et § 10, alinéa 3.

Le travailleur ALE a droit au montant valable, en application de l'alinéa 1^{er}, au moment de la liquidation du chèque ALE par l'Office de l'emploi ou valable le mois où la société d'assurances liquide le salaire ALE mentionné au § 10, alinéa 3. »

Art. 3 - À l'article 79bis du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 23 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Les droits d'inscription que doit acquitter annuellement le candidat utilisateur pour les activités mentionnées à l'article 79 s'élèvent à 0 euro.

Le ministre communautaire peut adapter ce montant sur avis émis par le conseil d'administration de l'Office de l'emploi. »;

2^o le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le prix d'acquisition du chèque ALE est de 5,95 euros.

Le ministre communautaire peut adapter ce montant sur avis émis par le conseil d'administration de l'Office de l'emploi. »;

3^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, le 1^o est complété par les e) et f) rédigés comme suit :

« e) des petits travaux de remise en état et de réparation au domicile de l'utilisateur qui, en raison de leur faible importance, ne sont pas réalisés par des hommes de métier;

f) la surveillance d'animaux et les soins prodigués à ceux-ci en l'absence de leur propriétaire, lorsqu'il n'y a pas de pension pour animaux dans les environs; »;

4^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, le 2^o est abrogé ;

5^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, 5^o, les mots « les Ministres de l'Emploi et du Travail et de l'Agriculture » sont remplacés par les mots « le ministre communautaire »;

6^o le § 3, alinéa 2, est abrogé;

7^o dans le § 4, l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« Le ministre communautaire peut, en cas de situations urgentes et dans l'intérêt général, prévoir des dérogations aux limites prévues aux alinéas 1^{er} à 3. »

Art. 4 - L'article 79ter du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 21 février 2010, est abrogé.

Chapitre 2 - Modification de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale

Art. 5 - L'article 1^{er} de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} - Les chômeurs complets suivants, qui sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone, ci-après dénommé

« Office de l'emploi », peuvent s'inscrire volontairement auprès de l'agence locale pour l'emploi :

1° les personnes qui ont droit au revenu d'intégration conformément aux dispositions de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale;

2° les personnes qui sont inscrites au registre des étrangers avec une autorisation de séjour d'une durée illimitée et ont droit à une aide sociale financière conformément aux dispositions de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale. »

Art. 6 - L'article 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est abrogé.

Art. 7 - L'article 3 du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3 - Au plus tard le dernier jour ouvrable du deuxième mois qui suit celui où, conformément à l'article 79, § 3, alinéa 3, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, expire la durée de validité pour l'utilisateur, le travailleur ALE introduit les chèques ALE auprès de l'Office de l'emploi accompagnés de son formulaire de prestations. Les jours ouvrables sont tous les jours à l'exception des samedis, dimanches et jours fériés légaux. L'Office de l'emploi invalide les chèques introduits par le travailleur ALE lorsque celui-ci ne remplit pas les conditions mentionnées à l'article 1^{er} ou que les chèques ALE se rapportent à des heures d'activité qui dépassent les limites mentionnées à l'article 79, § 6, du même arrêté royal; il lui remet les chèques invalidés.

Pour tout chèque ALE non invalidé introduit par le travailleur ALE, l'Office de l'emploi lui liquide mensuellement un montant de 4,10 euros. »

Art. 8 - L'article 4 du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4 - Par chèque payé au travailleur ALE, l'Office de l'emploi réclame à l'éditeur un montant de 4,10 euros. À cette fin, l'Office de l'emploi transmet mensuellement à l'éditeur une demande en remboursement à laquelle il joint les chèques ALE qui lui ont été remis. »

Art. 9 - L'article 5 du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5 - Par chèque ALE qu'il a reçu de l'Office de l'emploi conformément à l'article 4, l'éditeur des chèques ALE rembourse au Ministère de la Communauté germanophone un montant correspondant au prix d'acquisition du chèque, déduction faite de 4,10 euros et des frais d'envoi et administratifs qu'il a engagés. Ce remboursement s'opère mensuellement pour les chèques ALE qui ont été introduits le mois précédent par l'Office de l'emploi auprès de l'éditeur.

L'utilisateur participe aux frais de déplacement du travailleur ALE. L'utilisateur acquitte cette participation à la fin de l'activité et au plus tard avant la fin du mois.

Le Ministre de la Communauté germanophone compétent pour l'Emploi fixe la participation de l'utilisateur mentionnée à l'alinéa 2. »

Art. 10 - L'article 6, alinéa 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« L'Office de l'emploi conclut, avec une société d'assurances à primes fixes agréée ou avec une caisse commune d'assurances agréée, une police qui garantit au travailleur ALE les mêmes avantages que ceux qui sont mis à charge d'un assureur en vertu de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail.

Art. 11 - L'article 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du royal 14 mars 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 7 - Le Ministre de la Communauté germanophone compétent pour l'Emploi peut, sur avis du conseil d'administration de l'Office de l'Emploi, adapter les montants mentionnés aux articles 3, alinéa 2, 4, 5, alinéa 1^{er}, et 6, alinéa 3, 2^o.

Le travailleur ALE a droit au montant qui, par application de l'alinéa 1^{er}, est valable au moment du paiement du chèque ALE par l'Office de l'emploi, ou qui est valable pour le mois où la société d'assurances liquide le complément mentionné à l'article 6, alinéa 3, 2^o. »

Chapitre 3 - Modification de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage

Art. 12 - L'article 54, § 4, de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage, modifié en dernier lieu par l'arrêté ministériel du 23 juillet 2012, est abrogé.

Art. 13 - À l'article 55 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté ministériel du 30 novembre 2001, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est abrogé;

2^o dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Pour les activités saisonnières et occasionnelles au profit du secteur de l'agriculture et de l'horticulture, le bénéficiaire inscrit le chômeur dans le registre de présence conformément à l'arrêté royal du 17 juin 1994 relatif à la tenue d'un registre de présence. »

Chapitre 4 - Dispositions finales

Art. 14 - L'arrêté royal du 10 juin 1994 portant exécution de l'article 8, § 1^{er} et § 6, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 11 décembre 2006, est abrogé.

Art. 15 - § 1^{er} - L'article 2, 9^o et 10^o, ainsi que les articles 6, 7, 8, 9 et 12 sont uniquement applicables aux chèques ALE émis par l'éditeur à partir du 1^{er} janvier 2018.

§ 2 - Les chèques édités avant le 1^{er} janvier 2018 continuent d'être soumis, en ce qui concerne leurs modalités d'introduction et de paiement, aux dispositions de l'article 79, §§ 8 à 9, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, aux dispositions des articles 2 à 5 de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, ainsi qu'aux dispositions de l'article 54, § 4, de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage, dans leurs versions respectives du 31 décembre 2017.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, l'éditeur verse au Ministère de la Communauté germano-

phone à partir du 1^{er} janvier 2018, et ce pour les chèques ALE édités avant cette date, le montant fixé conformément à l'article 79, § 9, alinéa 1^{er}, 2^o, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, ainsi que le montant fixé conformément à l'article 5, alinéa 1^{er}, 3^o, de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale.

Art. 16 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

Art. 17 - Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS